

Zocker im Rathaus

Kommunen Der starke Franken gefährdet die Bilanzen vieler Kämmerer.

Finanzgeschäfte mit dem Schweizer Franken galten bei deutschen Bürgermeistern und Kämmerern immer als sichere und seriöse Sache. Ralf Claßen aus Mechernich in der Nordeifel machte da keine Ausnahme.

2009 finanzierte der Kämmerer den Bau eines neuen Rathauses mit einem Kredit von knapp 20 Millionen Schweizer Franken. Das Auslandsdarlehen war für die Stadt deutlich billiger als ein Kredit in Euro bei der Sparkasse. Jährlich sparte die Kommune mindestens 100 000 Euro Zinsen. Die Schweizer Währung hielt Claßen für stabil und die Gefahr, dass sich der Kurs des Franken ändern könnte, für gering.

So kann man sich täuschen. Nachdem die Schweizer Notenbank ihre Währung vor einigen Tagen freigab, verlor der Euro schlagartig an Wert. Nun ist Claßens Zinsersparnis für dieses Jahr perdu, weil er mehr Euro braucht, um den Franken-Kredit zu bedienen.

Der Kämmerer kann sich noch glücklich schätzen. Er hatte mit seiner Bank DKB vereinbart, jederzeit den Schweizer-Franken-Kredit in ein Euro-Darlehen umwandeln zu können. „Wir sind da fein raus“, sagt er. Andere Städte, die sich in Schweizer Franken verschuldet haben, trifft es deutlich härter. Seit der Euro nur noch einen Franken wert ist, haben sich ihre Schweiz-Kredite um bis zu einem Drittel verteuert.

Mit einer Summe von knapp 1,8 Milliarden Euro stehen die öffentlichen Haushalte beim Hartwährungsnachbarn in der Kreide. Größter Franken-Schuldner dürfte die Ruhrgebietsstadt Essen mit 367 Millionen Euro sein.

Zudem haben viele Kommunen weitere Finanzgeschäfte in Schweizer Franken abgeschlossen. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, aber auch im grenznahen Bodensee-Raum Baden-Württembergs haben Banken diverse Städte und Kreise in trickreiche Derivatgeschäfte gelockt, die an den Schweizer Franken gekoppelt sind. Allein in Nordrhein-Westfalen betrage das Risiko für die Kommunen aus solchen „Currency related swaps“ mindestens eine halbe Milliarde Euro, sagt János Morlin, Bankenrechtsanwalt aus München.

Mit den Swaps, so der Jurist, der mehrere Kommunen gegen Banken vertritt,

Bundesländer, in denen eine Kreditaufnahme in fremder Währung nicht eingeschränkt ist



Kredite an öffentliche Haushalte in Schweizer Franken

1,8 Mrd. €

Quellen: Städtetag, Bundesbank

hätten sich die Geldhäuser auf Kosten der Kommunen gegen einen steigenden Franken-Kurs versichert.

Den Kämmerern verkauften die Banken die Deals hingegen als risikoarmes Investment. Bei einem Kursverhältnis von „einem Euro zu 1,45 Schweizer Franken“ würde die Schweizer Notenbank intervenieren, heißt es beispielsweise in einer Präsentation der Dexia-Bank aus dem Jahr 2007.

In den meisten Bundesländern ist es den Kommunen freigestellt, ob sie sich in Auslandswährung verschulden (siehe Grafik). Nur einzelne Bundesländer raten ihren Städten und Kreisen dringend, Kredite nur in Euro aufzunehmen.

Denn Kredite in fremden Währungen bergen neben kurzfristigen Vorteilen auch Risiken. Was durch niedrige Zinskosten gespart wird, kann schnell zunichtegemacht werden, wenn der Wert von Dollar oder Franken steigt. Zwar lassen sich die Verluste aus solchen Währungsschwankungen durch entsprechende Absicherungsgeschäfte minimieren, doch die sind für die Kommunen meist so teuer, dass sie sich nur bei Krediten in hoher dreistelliger Millionenhöhe rechnen.

Andreas Wassermann

aktuelle Analyse der EU-Kommission zeigt, dass bei einem sinkenden Wechselkurs insbesondere die Exporte von Italien, Portugal, Spanien und Frankreich zulegen. Für Nichteuropäer etwa wird ein Urlaub in der Eurozone attraktiver.

Ihr Ziel, die geringe Preissteigerung in der Eurozone wieder an den Zielwert von zwei Prozent heranzuführen, werde die EZB mit den angekündigten Maßnahmen aber kaum schaffen, sagt Ansgar Belke von der Universität Duisburg-Essen. „Untersuchungen zeigen, dass sich ein niedrigerer Eurokurs kaum auf die Inflation auswirkt“, so Belke.

Noch liegt das Augenmerk vor allem auf den Vorteilen, die die Euroschwäche der Wirtschaft verleiht. Eine Abwertung um fünf Prozent, so eine Faustformel, bedeutet 0,3 Prozentpunkte mehr Wachstum im Euroraum. Aber welche Nebenwirkung hat dieser Effekt? Ab wann könnte es gefährlich werden?

„Im Moment ist die Lage noch entspannt“, sagt Carl Martin Welcker, Chef der Kölner Schütte GmbH, des Weltmarktführers für Schleifmaschinen. Die aktuelle Bewertung des Euro hält Welcker vor allem angesichts des politischen Umfelds für angemessen, aber man müsse die Entwicklung im Auge behalten. „Wenn der Euro noch mal 15 Prozent verlieren würde, dann läge die Sache schon etwas anders.“

Dann hätte der Euro zum Dollar in etwa die Parität erreicht, auf einem solchen Niveau lassen sich die Nachteile kaum mehr übersehen. Alles, was in Dollar gehandelt wird, würde dann spürbar teurer; das gilt vor allem für Rohstoffe. Wäre der Ölpreis in den vergangenen Monaten nicht derart abgerutscht, würde der Liter Diesel heute bei 1,50 Euro liegen, aktuell kostet er im Schnitt 1,10 Euro.

Investitionen deutscher Unternehmen im Dollarraum verteuern sich ebenfalls, wenn der Euro fällt. BASF will zwischen 2014 und 2018 rund fünf Milliarden Euro für den Ausbau seines Nordamerika-Geschäfts ausgeben. Der Chemiekonzern hält dennoch an seinen Plänen fest. „Kurzfristige Währungsschwankungen haben keinen Einfluss auf unsere Investitionsentscheidungen“, heißt es bei BASF. Fragt sich nur, ob die Euroschwäche so bald schon überwunden sein wird.

Wichtiger als solche zählbaren Effekte dürfte indes die psychologische Wirkung sein, die mit der Abwertung einhergeht. Ein schwacher Euro wiegt die Unternehmen in trügerischer Sicherheit. „So etwas verleiht nur kurzfristig einen Schub“, warnt Außenhandels-Präsident Börner. „Mit Abwertung lässt sich kein Wohlstand schaffen“, sagt er, „das ist Augenwischerei.“

Der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, sieht das ähnlich. „Ein künstlich gedrückter Eurokurs